

Für eine Kultur der Wertschätzung – Maßnahmen zur künftigen Gestaltung des Veteranentags in Nordrhein-Westfalen

Neudruck

Drucksache 18/19777 · eingebracht 2026-06-09 – Antragsteller:

CDU

GRÜNE

FDP

Sicherheitspolitik

Gesundheitspolitik

Zivilgesellschaft

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert die landesweite Ausgestaltung des nationalen Veteranentags am 15. Juni mit Fokus auf Anerkennung, psychosoziale Unterstützung und lokale Koordination für Bundeswehr-Veteranen.

KERNFORDERUNGEN

- Einführung einer öffentlichen Veranstaltung am 15. Juni
- Benennung lokaler Ansprechpartner nach dänischem Vorbild
- Aufbau eines Landesnetzwerks für psychische Gesundheit von Veteranen

BEWERTUNG

3.0 / 10 GEMEINWOHL - SCORE
Überarbeiten

Der Antrag fokussiert auf militärische Anerkennung und institutionelle Verankerung eines Veteranentags, ohne systematisch die fünf GWÖ-Werte (Menschenwürde, Solidarität, Ökologische Nachhaltigkeit, Soziale Gerechtigkeit, Transparenz & Mitbestimmung) für alle Berührungsgruppen zu adressieren. Er berührt vorrangig Gruppe C (politische Führung/Verwaltung) und D (Bürger:innen), aber vernachlässigt strukturelle Dimensionen wie Lieferketten (A), Finanzverantwortung (B) oder transnationale Wirkung (E). Besonders gravierend ist die fehlende Einbindung ökologischer Nachhaltigkeit und die Ausklammerung von Kritik an Militärlogiken — was im Feld E3 (Ökologische Nachhaltigkeit → Staat/Gesellschaft/Natur) einen fundamentalen Widerspruch darstellt.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Konkrete Maßnahmen zur psychischen Gesundheitsversorgung
- Förderung von Austausch und Entstigmatisierung
- Praxisnahe Umsetzungsvorschläge (z. B. Lotsen, Netzwerk)

Schwächen

- Einseitige Fokussierung auf Bundeswehr-Veteranen
- Fehlende Verknüpfung mit ziviler Krisenvorsorge und Friedensarbeit
- Keine Berücksichtigung ökologischer oder globaler Verantwortung

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	+	•	•	•	•
D · BÜRGER:INNEN	+	•	•	+	•
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	--	--	•	•

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde im zivilen Raum Bewertung: +3

Entstigmatisierung psychischer Belastungen (PTBS), Fokus auf Würdigung statt Pathologisierung

C1 Rechtsstaatliche Führung Bewertung: +2

Anerkennung von Soldat:innen als 'Bürger:innen in Uniform' unter Verweis auf Parlamentsarmee

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: +2

Unterstützung von Veteran:innen bei Integration, Angehörigen- und Kinderbeteiligung

E3 Ökologische Nachhaltigkeit → Staat, Gesellschaft und Natur Bewertung: -5

Keine Berücksichtigung der ökologischen Folgen militärischer Strukturen (CO₂-Emissionen, Ressourcenverbrauch, Konfliktökologie); Förderung einer Armee als gesellschaftlich unverzichtbarer Instanz widerspricht GWÖ-Prinzip der Friedensförderung als Voraussetzung für Nachhaltigkeit

E2 Solidarität → Staat, Gesellschaft und Natur Bewertung: -4

Ausklammerung globaler Solidarität mit von Bundeswehreinsätzen Betroffenen (z. B. Zivilbevölkerung in Einsatzgebieten); Fokus ausschließlich auf nationale Veteran:innen

CDU

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM

10/10

Der Antrag entspricht vollständig dem CDU-Wahlprogramm 2022: Er betont Sicherheit, nationale Souveränität, Respekt für Soldatinnen/Soldaten ('Bürgerinnen und Bürger in Uniform'), Einsatz für Freiheit und Demokratie sowie konkrete Maßnahmen zur psychosozialen Versorgung — alles Kernthemen der CDU (S. 3, 108–109).

„Für uns steht solidarisches Handeln immer im Vordergrund. Dies ist aktuell insbesondere in der Ukraine-Krise gefragt.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 108

„Die Bundeswehr muss wieder in die Lage versetzt werden, das deutsche Staatsgebiet und die eigene Bevölkerung wirksam zu verteidigen.“

CDU NRW Wahlprogramm 2022, S. 109

PARTEIPROGRAMM

9/10

Das CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont Schöpfungsverantwortung, Subsidiarität und weltoffenen Patriotismus. Der Antrag verankert die Bundeswehr als Teil der gesellschaftlichen Verantwortung, bleibt aber hinter einer umfassenden Friedens- und Zivilschutzperspektive zurück — daher leicht abgeschwächt gegenüber dem Programm.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM

2/10

Der SPD-Wahlprogramm 2022 fokussiert auf soziale Gerechtigkeit, Bildung, Wohnen und Klima — nicht auf Militärwertschätzung. Kein Hinweis auf Veteranentag, Bundeswehr-Anerkennung oder militärische Symbolik. Stattdessen betont die SPD 'soziale Sicherheit', 'Gemeinwohl vor Profit' und 'keine Privatisierung von Daseinsvorsorge'. Der Antrag widerspricht indirekt dem SPD-Fokus auf zivile Lösungen und friedenspolitische Verantwortung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das Hamburger Programm (2007) versteht Sozialismus als 'andauernde Aufgabe' mit Schwerpunkt auf Frieden, internationale Solidarität und Abrüstung. Militärische Anerkennungskultur steht im Widerspruch zu den Grundwerten 'Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität' im Kontext von Gewaltvermeidung und ziviler Konfliktlösung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

4/10

Die Grünen befürworten Dialog, Partizipation und gesellschaftliche Anerkennung — aber nicht militarisierte Symbolik. Ihr Wahlprogramm betont 'Demokratie als Lernort', 'Zivilgesellschaft statt Staatshandeln' und 'Frieden als oberstes Ziel'. Der Antrag wird nur partiell getragen: Die Förderung psychischer Gesundheit und Koordination mit zivilen Trägern passt (S. 110), doch die alleinige Fokussierung auf Bundeswehr-Veteranen widerspricht dem grünen Verständnis von 'gemeinsamer Sicherheit' mit THW, Feuerwehr, Katastrophenschutz.

„Wir stärken die Koordination zwischen Bund, Ländern und Hilfsorganisationen, um auf europäischer Ebene einen effektiven grenzübergreifenden Katastrophenschutz zu err...“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN NRW Wahlprogramm 2022, S. 110

PARTEIPROGRAMM

3/10

Das Grundsatzprogramm 2020 definiert militärische Gewalt als 'äußerstes Mittel' (S. 107) und betont zivile Friedensförderung. Der Antrag verfestigt stattdessen eine militärische Anerkennungskultur ohne kritische Reflexion — ein fundamentaler Widerspruch zum grünen Friedensverständnis.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

WAHLPROGRAMM

8/10

Die FDP betont Eigenverantwortung, bürgerschaftliches Engagement und Freiheitsschutz. Der Antrag passt insofern, als er 'Resilienz', 'Verlässlichkeit' und 'Bürgerinnen und Bürger in Uniform' hervorhebt — Begriffe aus dem FDP-Wahlprogramm (S. 4, 78). Auch die Förderung telemedizinischer Angebote und Entbürokratisierung (z. B. Ehrenamt als Koordination) korrespondieren mit FDP-Prioritäten.

„Die offene Gesellschaft lebt von Vielfalt. Darum stärken wir die Menschen in NRW in ihrer Individualität unabhängig von Herkunft, Glauben oder sexueller Identität.“

FDP NRW Wahlprogramm 2022, S. 4

PARTEIPROGRAMM

7/10

Die FDP-Grundsatzprogramme betonen Freiheit, Rechtsstaat und internationale Verantwortung (S. 98, 103). Der Antrag unterstützt diese Werte durch Anerkennung von Freiheitsverteidigung — bleibt aber hinter einer klaren Unterscheidung zwischen ziviler und militärischer Sicherheitsverantwortung zurück.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

9/10

Die AfD fordert explizit 'Mehr Polizei', 'härtere Strafen' und 'Konsequenz bei Abschiebungen', aber auch 'Versorgungssicherheit' durch Kohle und Kernkraft — also eine starke staatliche Sicherheitsinfrastruktur. Der Antrag passt gut: Er betont 'Landes- und Bündnisverteidigung', 'Einsätze in Krisengebieten' und 'Respekt für Soldatinnen/Soldaten' — alles Kernpositionen der AfD (S. 109, 110).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

8/10

Das AfD-Grundsatzprogramm 2016 betont nationale Souveränität, direkte Demokratie und militärische Stärke. Der Antrag stützt diese Linie durch symbolische und praktische Verankerung der Bundeswehr als Garantin nationaler Sicherheit — allerdings ohne direkte Verweise auf 'Remigration' oder EU-Kritik, daher leicht abgeschwächt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: Veteraninnen und Veteranen der Bundeswehr im Rahmen des nationalen Veteranentags am 15. Juni jedes Jahres ab 2026 angemessen zu würdigen.

Veteraninnen und Veteranen ****der Bundeswehr, des Technischen Hilfswerks, der Freiwilligen Feuerwehren, des Deutschen Roten Kreuzes und anderer ziviler Katastrophenschutzorganisationen**** im Rahmen des nationalen Veteranentags am 15. Juni jedes Jahres ab 2026 angemessen zu würdigen.

Begründung: Stärkt den Wert 'Solidarität' (Spalte 2) und 'Transparenz & Mitbestimmung' (Spalte 5) durch inklusive Definition von 'Sicherheitsverantwortung' jenseits der Bundeswehr — entspricht GWÖ-Berührungsgruppe D (Bürger:innen und Wirtschaft) und E (Staat, Gesellschaft und Natur).

Vorschlag 2 von 3

Original: die Landkreise und kreisangehörigen Städte sowie die kreisfreien Städte zu unterstützen, zentrale Ansprechpartner für Veteraninnen und Veteranen nach dem dänischen Vorbild zu benennen.

die Landkreise und kreisangehörigen Städte sowie die kreisfreien Städte zu unterstützen, zentrale ****gemeinwohlorientierte Ansprechpartner für alle Einsatzkräfte**** nach dem dänischen Vorbild zu benennen, ****mit klaren Kriterien für gemeinwohlökonomische Qualifikation (z. B. GWÖ-Zertifizierung)****.

Begründung: Verankert die Gemeinwohl-Ökonomie explizit in der Umsetzung (Feld C3) und stärkt die Verbindung zu den Werten 'Soziale Gerechtigkeit' (Spalte 4) und 'Transparenz & Mitbestimmung' (Spalte 5).

Vorschlag 3 von 3

Original: ein Landesnetzwerk für einsatzbedingte psychische Gesundheit zu initiieren, dass die relevanten Akteure wie zivilgesellschaftliche Träger, die Bundeswehr, Ärzte- und Psychotherapeutenkammern, kommunale Ansprechpartner und Selbsthilfegruppen systematisch vernetzt.

ein Landesnetzwerk für ****gemeinwohlorientierte psychosoziale Gesundheit**** zu initiieren, das die relevanten Akteure wie zivilgesellschaftliche Träger, die Bundeswehr, Ärzte- und Psychotherapeutenkammern, kommunale Ansprechpartner, Selbsthilfegruppen ****und Vertreter:innen der Gemeinwohl-Ökonomie**** systematisch vernetzt.

Begründung: Integriert GWÖ als normative Orientierung in die Gesundheitsversorgung (Feld D4) und fördert 'Ökologische Nachhaltigkeit' (Spalte 3) durch präventive, ressourcenschonende Ansätze.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Angenommen · MMP18-125

Ja: CDU FDP GRÜNE SPD ! Nein: AfD ▲

▲ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match $\geq 7/10$) · ! Opportunismus (Ja trotz Wahlprogramm-Mismatch $< 3/10$)

Original-Antrag

Drucksache 18/19777

Für eine Kultur der Wertschätzung · Maßnahmen zur künftigen Gestaltung d·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

09.06.2026

Neudruck

Antrag

**der Fraktion der CDU
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP**

Für eine Kultur der Wertschätzung – Maßnahmen zur künftigen Gestaltung des Veteranentags in Nordrhein-Westfalen

I. Ausgangslage

Am 25. April 2024 hat der Deutsche Bundestag beschlossen, den 15. Juni jährlich als nationalen Veteranentag einzuführen. Ziel ist es, die Wertschätzung für ehemalige und aktive Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr öffentlich sichtbar zu machen und ihren Einsatz für unser Land, die Demokratie und unsere Freiheit anzuerkennen.

In Deutschland gelten diejenigen Frauen und Männer in Uniform, die gedient haben, diejenigen, die derzeit aktiv dienen und diejenigen, die in der Reserve bereitstehen als Veteraninnen und Veteranen der Bundeswehr. Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee und ihre Angehörigen Bürgerinnen und Bürger in Uniform. Der Veteranentag soll auch einen Beitrag dazu leisten, das Band zwischen Bundeswehr und Gesellschaft zu stärken. Wer die Ausbildung der Bundeswehr durchlaufen hat, bringt Eigenschaften mit, die unsere Gesellschaft stärken: Belastbarkeit, Verlässlichkeit und Resilienz. Veteraninnen und Veteranen verdienen Respekt, Anerkennung und Würdigung für ihren Dienst und ihre Bereitschaft, das höchste Gut – ihr Leben – für die Sicherheit, Freiheit und die Werte unseres Landes einzusetzen. Dies gilt insbesondere für die Einsatzveteraninnen und -veteranen. Diese Veteraninnen und Veteranen haben in Einsätzen im In- und Ausland unter oft gefährlichen Bedingungen Verantwortung übernommen. Viele von ihnen waren dabei erheblichen psychischen und physischen Belastungen ausgesetzt. Zahlreiche Veteraninnen und Veteranen und ihre Angehörigen tragen die Last ihres Dienstes oft über die aktive Zeit hinaus – insbesondere dann, wenn sie aus ihren Einsätzen mit sichtbaren oder unsichtbaren Wunden zurückkehren. Trotz des Einsatzes für die Sicherheit, Freiheit und die Werte unseres Landes fehlt es in weiten Teilen der Gesellschaft an einem angemessenen Bewusstsein für die Leistungen und Bedürfnisse der Veteraninnen und Veteranen. Der Veteranentag am 15. Juni ist der richtige Anlass, eben diese Verdienste und Bedürfnisse der Veteraninnen und Veteranen sichtbarer zu machen.

Auch für das Land Nordrhein-Westfalen ist der Tag von besonderer Bedeutung, denn die Bundeswehr ist mit unserem Land eng verbunden. An 25 Standorten leisten rund 20.000 aktive Soldatinnen und Soldaten gemeinsam mit 12.000 zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern täglich ihren Dienst. Daneben engagieren sich allein 15.000 Mitglieder des Reservistenverbands in unserem Bundesland. Ihre Einsätze in Nordrhein-Westfalen bei dem verheerenden Hochwasser 2021 oder in Gesundheitsämtern während der Corona-Pandemie sind Ausdruck der gesellschaftlichen Solidarität der Soldatinnen und Soldaten. Zusammen stellen sie einen

Datum des Originals: 09.06.2026/Ausgegeben: 16.06.2026 (10.06.2026)

unverzichtbaren Teil unserer Sicherheit nach außen dar. Ihre Einsätze – sei es in internationalen Krisengebieten, zur Landes- und Bündnisverteidigung, bei humanitären Missionen oder Inlands-einsätzen – verdienen Anerkennung und Respekt. Die Unverzichtbarkeit der Bundeswehr für die Sicherheit unseres Landes zeigt sich insbesondere in Zeiten wachsender geopolitischer Unsicherheiten, weswegen es umso wichtiger ist die Arbeit und die Bedeutung der Bundeswehr hervorzuheben und die Versorgung aller Veteraninnen und Veteranen sicherzustellen – dies wurde bereits mit dem Antrag der FDP-Fraktion (Drucksache 18/14023) deutlich, der Grundlage für diesen gemeinsamen Antrag ist.

II. Beschlussfassung

Der Landtag stellt fest:

- Veteraninnen und Veteranen verdienen unsere Anerkennung. Sie leisten einen zentralen Beitrag für die Sicherheit, Stabilität und internationale Verantwortung des Landes. Es ist unsere Pflicht, ihnen die entsprechende Wertschätzung entgegenzubringen.
- Die Einführung eines nationalen Veteranentags stellt einen wichtigen Schritt dar, um der besonderen Leistung von Veteraninnen und Veteranen öffentliche Anerkennung zu verschaffen. Es ist daher geboten, diesen Tag nicht nur symbolisch, sondern auch inhaltlich auszugestalten und dauerhaft in der gesellschaftlichen Erinnerung zu verankern.
- Veteraninnen und Veteranen tragen die Last ihres Dienstes oft weit über die aktive Zeit hinaus – insbesondere dann, wenn sie aus ihren Einsätzen mit sichtbaren oder unsichtbaren Wunden zurückkehren. Körperliche Verletzungen sind häufig sofort erkennbar, doch seelische Verletzungen bleiben allzu oft verborgen.
- Psychische Gesundheit ist ein Thema von gesamtgesellschaftlicher Relevanz und bedarf an vielen Stellen einer besseren Sichtbarkeit, Entstigmatisierung und einer breiteren Versorgung. Veteraninnen und Veteranen sind durch ihre Leistungen einem erhöhten Risiko ausgesetzt, an Posttraumatischen Belastungsstörungen (PTBS) zu leiden.

Der Landtag beauftragt die Landesregierung im Rahmen vorhandener Mittel,

- **Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Veteranentag am 15. Juni**

- Veteraninnen und Veteranen der Bundeswehr im Rahmen des nationalen Veteranentags am 15. Juni jedes Jahres ab 2026 angemessen zu würdigen. Eine öffentliche Veranstaltung soll in Abstimmung mit dem Landtag, dem Landeskommando NRW, der Bundeswehr sowie den Bundeswehrverbänden stattfinden. Auch die Landkreise und kreisangehörigen Städte sowie die kreisfreien Städte sollen bei der Würdigung von Veteraninnen und Veteranen am Veteranentag mit einbezogen und unterstützt werden.
- den Dialog und Austausch mit Veteraninnen und Veteranen zu fördern, um Vorurteile abzubauen und das gesellschaftliche Verständnis und die Anerkennung für die Leistungen jeder Einzelnen und jedes Einzelnen zu stärken.
- die Landkreise und kreisangehörigen Städte sowie die kreisfreien Städte zu unterstützen, zentrale Ansprechpartner für Veteraninnen und Veteranen nach dem dänischen Vorbild zu benennen. Diese Koordination bietet niedrigschwellige Beratung an und vermittelt Unterstützungsangebote. Da eine Auslastung vorab nicht planbar ist, kann die Aufgabe als Ehrenamt oder in Nebenfunktion umgesetzt werden.

- die Landkreise und kreisangehörigen Städte sowie die kreisfreien Städte bei der Förderung von Projekten zur Veteranenarbeit zu unterstützen, insbesondere mit Blick auf die Unterstützung von Initiativen, die sich für die Integration von Veteraninnen und Veteranen in das zivile Leben einsetzen. Besondere Förderung sollen Projekte erhalten, die Angehörigen und Kinder der Veteraninnen und Veteranen miteinander zu beziehung.

- **Unterstützungsmaßnahmen für Veteraninnen und Veteranen**

- sich im Rahmen der gesundheitspolitischen Zuständigkeit des Landes für die Entstigmatisierung psychischer Einsatzfolgen wie der Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) einzusetzen. Dies kann zum Beispiel auch Informationskampagnen und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zur gesellschaftlichen Sensibilisierung umfassen;
- die Bundeswehr dabei zu unterstützen, wie der Zugang zu bestehenden telemedizinischen Angeboten – etwa des Bundeswehrkrankenhauses – bekannter gemacht werden können,
- sich auf Bundesebene für eine Reform der Bedarfsplanung einzusetzen, um die Anzahl der Zulassungen für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten insbesondere in unterversorgten Regionen zu erhöhen, Wartezeiten zu reduzieren und so die psychotherapeutische Versorgung allgemein und damit auch diejenige von Veteraninnen und Veteranen zu verbessern.
- sich beim Bundesministerium der Verteidigung dafür einzusetzen, dass das erfolgreiche Konzept der Lotsen für Einsatzgeschädigte weiter gestärkt und ausgebaut wird. Besonders die Verzahnung mit zivilen Beratungs- und Behandlungsangeboten in Nordrhein-Westfalen und die aufsuchende Hilfe sollen dabei im Fokus stehen
- ein Landesnetzwerk für einsatzbedingte psychische Gesundheit zu initiieren, dass die relevanten Akteure wie zivilgesellschaftliche Träger, die Bundeswehr, Ärzte- und Psychotherapeutenkammern, kommunale Ansprechpartner und Selbsthilfegruppen systematisch vernetzt. Das Netzwerk soll Austausch und Koordination fördern, gemeinsame Initiativen ermöglichen und die zivil-militärische Zusammenarbeit stärken.

Thorsten Schick
Matthias Kerkhoff
Klaus Vossemer
Gregor Golland
Daniel Hagemeyer
Marco Schmitz

und Fraktion

Wibke Brems
Mehrdad Mostofizadeh
Jule Wenzel
Josefine Paul

und Fraktion

Henning Höne
Marcel Hafke
Susanne Schneider
Dirk Wedel

und Fraktion